

Der Arbeiter

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mk.
Der Courrier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 21.

Berlin, den 24. Mai 1908.

12. Jahrg.

Auch eine Arbeitervertretung.

Seit dem kaiserlichen Erlass vom 4. Februar 1890 ist die Frage nach der Schaffung einer gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmer nicht wieder verstummt. Laut fordern die Arbeiter selbst Organe zur Wahrung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Unternehmern und den Regierungsbehörden. Der Deutsche Reichstag hat die volle Berechtigung dieser Forderung mehrfach anerkannt, und fast alle in ihm vertretenen Parteien haben wieder und wieder an die Einführung des in der kaiserlichen Botschaft gegebenen Versprechens erinnert. Auch die Reichsregierung ist anscheinend davon überzeugt, daß ein längeres Zögern vom Uebel sei, und hat deshalb am 4. Februar 1908 dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einführung von Arbeitskammern vorsieht.

Mit dieser Gesetzesvorlage hatte sich die Vollversammlung des Deutschen Handelstages zu beschäftigen, und damit war dem Handelstag Gelegenheit gegeben, vor aller Welt Zeugnis abzulegen von dem sozialpolitischen Verständnis der in ihm zusammengekommenen Deutschen Handelskammern. Der Ausschuss des Handelstages war denn auch darauf bedacht, die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen; er legte der Vollversammlung eine Erklärung vor, die den Wünschen der Arbeiter wenigstens einigermaßen gerecht zu werden versuchte. Allerdings wurde in der Erklärung „der Grundgedanke des im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 4. Februar 1908 veröffentlichten Entwurfes eines Gesetzes über Arbeitskammern mit Entschiedenheit abgelehnt, weil die Einrichtung von Körperschaften mit gemeinsamer Vertretung der Unternehmer und Arbeiter die erstrebte Förderung des Friedens zwischen beiden Teilen nicht bewirken und die bestehenden Handelskammern, die zum Teil dieselben Aufgaben hätten, empfindlich beeinträchtigen würde.“ Indessen enthielt der Beschlusssatz an der Spitze den Satz: „Der Deutsche Handelstag hat nichts dagegen einzuwenden, daß den Arbeitern eine Interessenvertretung auf gesetzlicher Grundlage gegeben wird, für deren Form aus dem kaiserlichen Erlass vom 5. Februar 1890 kein Anhalt zu nehmen ist.“

Gewiß nicht viel, aber doch etwas! Allein auch dieses Wenige wollte die Vollversammlung nicht geben. Der Geist des Zentralverbandes deutscher Industrieller war plötzlich über die im Langenbeck-Hause tagenden offiziellen Repräsentanten von Handel, Industrie und Schiffahrt gekommen, die scharfe Luft, die am Karlsbad weht, mit einem Male zu verspüren. Herr Generalsekretär H. M. D u e c k, diese festeste Säule der Reaktionäre aus Industrieland, hatte sich selbst in die ihm durchaus nicht sehr sympathische Versammlung bemerkt. Seine Anwesenheit ermutigte den zur Scharfmacherei neigenden Teil der Versammlung zu einem kühnen Vorstoß. Und der Vorstoß gelang über alles Erwarten. Ein Antrag Stumpf, der sich dem Wortlaut nach darauf beschränkte, den Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern abzulehnen, der sich aber ausgesprochenemmaßen gegen jede Interessenvertretung der Arbeiter richtete, wurde mit 233 gegen 70 Stimmen angenommen.

Als wichtigster Grund für die Zurückweisung einer jeden Arbeitervertretung — bestesse sie in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern — wurde angeführt, daß die Arbeitnehmer in Industrie und

Handel ja bereits jetzt eine Vertretung besäßen: in den Handelskammern. Die Handelskammern, so hieß es, vertreten nicht einseitig die Interessen der Arbeitgeber, sondern die Gesamtinteressen von Handel und Industrie, also auch die hiermit in Einklang zu bringenden Interessen der Arbeiter, und haben deren Interesse bisher stets gewahrt.

Wie sehr diese Scharfmacherbehauptung eine freche Lüge ist, das wollen wir gleich an der Hand der neuesten Tatsachen klipp und klar beweisen.

Der Reichstag beschloß am 11. März entsprechend einer am 6. Dezember 1907 vom Abg. Graf v. Hoppe und Genossen eingebrachten Resolution, die verschiedenen Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bezüglich der gewerblichen Sonntagsruhe bestimmt wird, daß — 1. die den Arbeitern zu gewährende Ruhe (§ 105b R. G.-D.) mindestens für jeden Sonn- und Festtag sechshunddreißig, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage sechzig Stunden beträgt; — 2. die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, soweit sie nicht in offenen Verkaufsstellen beschäftigt werden (§ 139c R. G.-D.), auf höchstens zwei Stunden an Sonn- und Festtagen beschränkt wird; — 3. eine ortstatutarische Regelung der Sonntagsruhe (§ 105b R. G.-D. auch dahin ermöglicht wird, daß die Zulassung der Beschäftigung an bestimmte Bedingungen geknüpft wird; — 4. den in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen tunlichst an jedem Sonn- und Feiertag, mindestens aber an jedem zweiten Tag der Beschäftigung des Geschäftsbetriebes ihrer Konfession entspricht (§ 139d R. G.-D.); — 5. die Zulassung der Beschäftigung in der Binnenschifffahrt beschäftigten Personen ausgedehnt wird.

Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg sagte am 28. März im Reichstag in bezug auf das von uns bereits zitierte, am 26. November an die Bundesregierungen gerichtete Schreiben: „Bei den Vorschlägen des Rundschreibens ist eine Regelung ins Auge gefaßt worden, die Städte und plattes Land vollständig gleichmäßig behandeln soll. Ich möchte aber schon gegenwärtig sagen, daß, wie ich glaube, eine Neuregelung der Frage nicht wieder unterschiedslos gleichheitlich für Städte und plattes Land wird durchgeführt werden können. Immerhin aber wird es mein Bestreben sein, soweit wie irgend möglich den Handelsangestellten eine erweiterte Sonntagsruhe zu sichern. Erinnern Sie sich doch der Zeiten, wie wir die Sonntagsruhe in der Gewerbeordnung eingeführt haben, erinnern Sie sich der großen Kämpfe, welche praktisch darüber geführt worden sind, ob es möglich sei, unter Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung, des kaufenden Publikums, der kleineren Kaufleute in den mittleren Städten die Sonntagsruhe den Handelsangestellten in offenen Verkaufsstellen überhaupt zu sichern. Erinnern Sie sich, wie wir damals gehört haben, daß würde der Ruin des ganzen kleinen und mittleren Kaufmannsstandes sein, erinnern Sie sich, wie gesagt worden ist, die jungen Handelsleute würden nichts anderes machen können, als ihren freien Sonntag in Müßiggang, Kneipen usw. zu verbringen, und was ist schließlich die Folge gewesen? Wir alle haben gesehen, daß sich das Publikum, die kaufende Bevölkerung auch in ihren Gewohnheiten den Bedürfnissen nach Sonntagsruhe anpassen kann, und ich bin fest überzeugt, daß diese Anpassung noch in weiterem Umfange möglich sein wird, als es gegenwärtig der Fall ist. Ebenso hat sich auch gezeigt, daß die Handlungsgehilfen es sehr wohl verstanden

haben, ihre freie Zeit zur gesunden Erholung für Leib und Geist zu benutzen. Auf diesem Wege müssen wir fortschreiten, eine Etappe auf diesem Wege soll eine Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in offenen Verkaufsstellen sein, wie sie angeregt worden ist durch das von mir erwähnte Rundschreiben. Welche Beschlüsse schließlich herauskommen werden bei der Beratung der verbündeten Regierungen, das kann ich im gegenwärtigen Moment noch nicht sagen, aber es werden die beiden Zeitpunkte für mich maßgebend sein, einmal den Schutz der Sonntagsruhe, so weit wie es mit den praktischen Bedürfnissen vereinbar ist, zu erweitern, zweitens aber die verschiedenen Verhältnisse des praktischen Lebens in Stadt und Land zu berücksichtigen.“

Und nun wurden seitens der Reichsregierung die Handelskammern, die nach der Behauptung der Scharfmacher „bisher stets das Interesse der Arbeiter gewahrt haben“, um ein Gutachten über die geplante Ausdehnung der Sonntagsruhe ersucht. Und siehe da! Sämtliche dieser famosen Arbeitervertretungen mit einziger Ausnahme der Kammer von Danzig, Leipzig und Frankfurt a. M. sprachen sich strikte gegen die im Gesetzentwurf vorgesehene völlige Sonntagsruhe aus. Es sind die Handelskammern und Interessenvertretungsvereine zu Aachen (28. 1.), Altona (17. 1.), Altona (14. 3.), Barmen (21. 2.), Bayreuth (Handels- und Gewerbekammer) (25. 2.), Berlin (6. 3.), Bielefeld (6. 2.), Bingen (17. 2.), Bochum (26. 2.), Bonn (15. 2.), Breslau (25. 2.), Bromberg (24. 2.), Cassel (5. 2.), Coblenz (14. 2.), Detmold (21. 2.), Dortmund (21. 1.), Düsseldorf (31. 1.), Elberfeld (17. 2.), Erfurt (laut Bericht in ihren Februar-Mitteilungen), Flensburg (20. 2.), Frankfurt a. M. (18. 2.), Frankfurt a. O. (6. 2.), Friedberg (28. 2.), M. Gladbach (20. 2.), Halle (laut Bericht in ihrem März-Mitteilungen), Hanau (laut Bericht in ihren Februar-Mitteilungen), Hannover (5. 3.), Harburg (21. 2.), Heildesberg (6. 3.), Heidenheim (13. 2.), Hildesheim (7. 2.), Hirschberg (30. 1.), Karlsruhe (4. 3.), Konstanz (26. 2.), Krefeld (21. 2.), Laß (laut Bericht vom 11. 2.), Landeshut (11. 3.), Leipzig (19. 2.), Liegnitz (20. 2.), Magdeburg (laut Bericht in Nr. 2 ihrer Mitteilungen), Meß (15. 2.), Mülheim a. Rh. (13. 2.), München (Handels- und Gewerbekammer) (6. 3.), Nordhausen (27. 2.), Posen (3. 2.), Posen (28. 3.), Potsdam, Sitz Berlin (28. 1.), Regensburg (Handels- und Gewerbekammer) (9. 3.), Rostock (4. 2.), Sagan (23. 2.), Schopfheim (25. 2.), Schweidnitz (29. 1.), Solingen (6. 2.), Stolp (24. 2.), Trier (27. 2.), Verden (7. 3.), Wittingen (laut Bericht in ihren März-Mitteilungen), Weimar (4. 2.), Wiesbaden (12. 2.), Worms (18. 2.), Zittau (Handels- und Gewerbekammer) (21. 2.), Meiste der Kaufmannschaft von Berlin (2. 3.), Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig (11. 3.), Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Königsberg (17. 2.), Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine (29. 2.), Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe (laut Bericht in Nr. 4 ihrer Zeitschrift „Der Mittelstand“), Zentralvereinigung preussischer Vereine für Handel und Gewerbe (31. 12.).

Die Aufrechterhaltung des bisherigen, selbst nach Meinung der Reichsregierung unhaltbaren Zustandes, fordern die Handelskammern zu Aachen, Bayreuth, Berlin, Bingen, Bonn, Frankfurt a. O., Friedberg, M. Gladbach, Hannover, Harburg, Konstanz, Krefeld, Landeshut, Magdeburg, Meß, Nordhausen, Regensburg, Rostock, Pforzheim, Schweidnitz, Trier, Verden, Wittingen und Zittau. Die bisher zugelassene Dauer

(Bundesgesetzblatt S. 145, Reichsgesetzblatt 1873, S. 163),
der § 2, Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum
Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom
31. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt S. 195,
Reichsgesetzblatt 1871, S. 127), soweit er sich auf
die besonderen Vorschriften des Landesstraf-
rechts über Mißbrauch des Vereins- und Ver-
sammlungsrechtes bezieht,
der § 6, Abs. 2, Nr. 2 des Einführungsgesetzes
zur Strafprozeßordnung vom 1. Februar
1877 (Reichsgesetzblatt S. 346).

Die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über
Vereine und Versammlungen bleiben in Kraft.

§ 24. Unverändert bleiben:

die Vorschriften des Landesrechts über kirch-
liche und religiöse Vereine und Versammlun-
gen, über kirchliche Prozessionen, Wallfahrten
und Wittgänge, sowie über geistliche Orden
und Kongregationen,
die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf
Vereine und Versammlungen für die Zeiten
der Kriegsfahr, des Krieges, des erklärten
Kriegs- (Belagerungs-) Zustandes oder innerer
Unruhen (Aufstands),
die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf
Verabredungen ländlicher Arbeiter und Dienst-
boten zur Einstellung oder Verhinderung der
Arbeit,
die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze
der Feste der Sonn- und Festtage; jedoch
sind für Sonntage, die nicht zugleich Fest-
tage sind, Beschränkungen des Versammlungs-
rechtes nur bis zur Beendigung des vormit-
tägigen Hauptgottesdienstes zulässig.

§ 25. Das Gesetz tritt am 15. Mai 1908 in
Kraft.

Die verschiedenartigen Ausführungsbestimmungen
wollen sich die Kollegen aus der Tagespresse aus-
schneiden.

Aus gegnerischen Gewerkschaften.

Ein verlorener Streik der Christlichen.

In Wiesau in der Oberpfalz, so erzählt das
N. M. Tagblatt, wurde der vom Christlichen Hilfs-
und Transportarbeiter-Verband geführte Streik der
Wasserversorger beigelegt. Herr Weizler-München
empfahl die bedingungslose Wiederaufnahme der Ar-
beit, soweit die Stellen nicht bereits durch Streik-
brecher besetzt waren. Schuld am Mißlingen dieser
Bewegung, so wird weiter berichtet, war der Umstand,
daß Italiener als Streikbrecher kamen und daß die
eigenen Verbandskollegen für einen Streik noch nicht
erprobt waren. Gewiß, all das mag zutreffen; Streik-
bruch und Wankeln im eigenen Lager haben schon
manche Bewegung zum Scheitern gebracht. Bei den
Christlichen sowohl wie bei den Frei-Organisierungen
aber nun erinnere man sich doch an das Verhalten
der christlichen Führer, wenn einmal eine freie Ge-
werkschaft einen Streik verkündet. Jahrelang geht man
mit solchen Vorkommnissen haufen. Nach dem Ge-
schmack der gewöhnlichen Gelben gibt es dann nichts
Unfähigeres, als die freien Führer, die „durch un-
überlegte Privilegien“ Streiks die Arbeiter verraten und
unendlich Geld über die verhehten Arbeiter brin-
gen“ usw. Und wie Nasgeier stürzen sich die Christ-
lichen auf solche Orte, um im trüben zu fischen und
durch ihre hinterlistige Agitationsweise die Verwir-
rung der Arbeiter zu vergrößern. Wir sind weit ent-
fernt davon, uns über diese Niederlage der Chri-
stlichen zu freuen. Jeder verlorene Streik trifft mehr
oder weniger die Gesamtarbeiterschaft und trägt zur
Stärkung des Machtinflusses der Unternehmer bei.
Außerdem stehen uns christlich-organisierte Arbeiter,
die ehrlich für die Besserstellung ihrer Lebenslage
ringen, hundertmal näher als irgend ein Unterneh-
mer. Aus diesem Grunde also bedauern auch wir
die Niederlage in Wiesau. Von den Führern der
Christlichen aber erwarten wir, daß sie sich, durch
die Erfahrung belehrt, im Laufe der Zeit ebenfalls
zu unserer Anschauung über die schweren Schäden
verlorener Streiks bekehren. Dann wird man sie sicher
auch seltener als Schutztrüppel auf Seiten der Unter-
nehmer finden. Und das alberne Geschwätz von ver-
lorenen Streiks der freien Gewerkschaften dürfte dann
ebenfalls seltener werden.

Christlicher Terrorismus.

Im November vorigen Jahres nahm der Maurer
Schnellberger beim Münchener Lagerhaus, wo die
Christlichen sich eingenistet hatten, eine Notstandsarbeit
an. Schon am zweiten Tage nach seiner Einstellung
wurde Schnellberger, der der freien Gewerkschaft an-
gehört, von dem Christlichen Platzbelegten aufge-
fordert, sich umschreiben zu lassen, sonst dürfe er nicht
mehr weiter arbeiten. Schnellberger ließ sich durch
diese christliche Drohung nicht einschüchtern. Am Zeh-
ntag, dem 16. November, trat aber der christliche Vor-
arbeiter Heinrich Schmid in der Kantine auf ihn zu
und sagte ohne Veranlassung zu ihm: „Bist du, roter
Bazi, du sonst fäulter Kerl, du mußt hinaus und
wenn dir sonst niemand etwas tut, dann steck ich dich
ab, du Sambu!“ Da die übrigen christlichen Arbeiter
eine drohende Haltung annahmen, zog es Schnell-
berger vor, den Arbeitsplatz zu verlassen.

Die „Münchener Post“ besprach am 21. November
vorigen Jahres diesen Vorfall. Der christliche Vor-
arbeiter Heinrich Schmid fühlte sich durch die Kritik
beleidigt und strengte Klage an. Am Donnerstag
kam dieser Prozeß vor dem Münchener Schöffengericht
zum Auszug. Der Beklagte, Genosse M. Gruber,
vertrat sich vor Gericht selbst, S. Schmid wurde durch
Rechtsanwalt Raabberger vertreten. Der Zentrums-
advokat erlebte aber an diesem christlichen Falle wenig
Freude. Denn was die „Münchener Post“ behauptet

hatte, war vollständig zutreffend und wurde vor Ge-
richt aufs Tüpfelste als wahr erwiesen. Genosse
Gruber wurde unter Lieberbündung sämtlicher Kosten
auf den Privatkläger S. Schmid freigesprochen. In
der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich hervor-
gehoben, daß der Wahrheitsbeweis vollständig er-
bracht wurde. Der christliche Terrorismus ist also
in diesem Falle erwiesen worden.

Mitgliederschwund im christlichen Gewerbeverein der Bergarbeiter.

Der christliche Gewerbeverein hat in den letzten
zwei Jahren 44 000 Mitglieder verloren, so berichtet
der Arbeiter, das in Berlin erscheinende Organ der
katholischen Fachabteilungen. Das Blatt schreibt:
„Der christlich-interkonfessionelle Bergarbeiter-Verband
hat in Nr. 11 des Bergknappen seinen Jahresbericht
für 1907 veröffentlicht. Wir entnehmen diesem Be-
richt, daß im Jahre 1907 an Mitgliederbeiträgen
823 501,51 Mk. eingegangen sind. Eine genaue Mit-
gliederzahl wird nicht angegeben. Doch läßt sich die-
selbe auf Grund der Jahresbeiträge sehr wohl fest-
stellen. Der Gewerbeverein erhebt pro Mitglied 40 Pf.
pro Woche oder 52 mal 0,40 gleich 20,80 Mk. pro
Jahr. Nur im Saargebiet mit angeblich etwa 15 000
Mitgliedern werden als Monatsbeitrag 50 Pf. er-
hoben, was für alle dortigen Mitglieder 90 000 Mk.
pro Jahr ausmacht. Es verbleiben also an Beiträgen
außer denjenigen des Saarbezirks noch etwa 734 000
Mk. Da nun aber auf den Kopf dieser übrigen
Mitglieder jährlich 20,80 Mk. Beiträge entfallen, so
zählt der Gewerbeverein etwa 36 000 Mitglieder mit
einem Wochenbeitrag von 40 Pf. und 15 000 Mit-
glieder mit einem Monatsbeitrag von 50 Pf., ins-
gesamt also 51 000 Mitglieder. — In dem Arbeiter-
tätigenbuch von 1906 hat der Gewerbeverein seine Mit-
gliederzahl noch mit 80 080 angegeben. Demzufolge
hat derselbe seit zwei Jahren insgesamt um 29 080
Mitglieder abgenommen. — Wenn man aber weiter
bedenkt, daß (wie doch von christlicher Gewerkschafts-
seite ständig behauptet wird) die 15 000 christlichen
Saarbergleute erst in den letzten zwei Jahren ge-
wonnen wurden, so sind also im rheinisch-westfälischen
Kohlengeld (denn nur dort war der Gewerbeverein
1905-06 vertreten), von den 1906 angeführten 80 000
Mitglieder dem christlichen Bergarbeiterverband nicht
weniger als 44 000 Mitglieder verloren gegangen.“
Diese Feststellungen stimmen überein mit der Dar-
stellung, die Abgeordneter Brüst, der frühere Vor-
sitzende des Gewerbevereins, in der Buerischen Zeitung
vor kurzem gegeben hat.

Wie es die Gelben treiben.

Die Gelben gehen bei den Unternehmern auf die
Schwänze, wie nachstehender Auszug aus einem
ihrer Beteiligungsakten an die Arbeitgeber beweist:
„Es hat sich in Berlin ein Bund der gelben
Arbeitervereine Deutschlands gebildet, der sich selber
Arbeitsbund (St. Berlin) nennt und den Zweck hat,
das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und
Arbeitnehmern zu fördern. Wenn Sie den Wunsch
hegen, dem Übermut der über Gebühr erharteten So-
zialdemokratie und der roten Gewerkschaften Ihre-
seits Abbruch zu tun, so bietet sich Ihnen dazu Ge-
legenheit, indem Sie dem Gelben Arbeitsbund eine
Spende zukommen lassen oder die Mitgliedschaft des
Gelben Arbeitsbundes erwerben. Die Bestimmung
der Höhe der Spende oder des Beitrages überlassen
wir Ihrem freien Ermessen.“

Dieses „freie Ermessen“ fängt nach § 2 der
Zusatzvereinbarung an: „Bei einem Jahresbei-
trag von 5 Pf. oder 52 mal 0,10 Mk. Mitgliedschaft wird
gewährt, was die zur Unterstützung be-
stimmten Gelder abzudecken soll. Ferner wird be-
hauptet, daß „schon in einer ganzen Reihe Betriebe
die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch unsere
gelben Vereine vollständig einflußlos geworden“ seien.
Auch sollen dem „Gelben Arbeitsbund“ zurzeit etwa
40 000 Mitglieder angeschlossen sein. In drohendem
Widerspruch zu dieser Behauptung steht eine von
Münchener Gelben veranfaßte Statistik, wonach die
gelben Vereine zu derselben Zeit, wo dieses Rund-
schreiben losgelassen wurde, nur reichlich 21 000 Mit-
glieder hatten. Wenn Lebius und Genossen eine Sta-
tistik machen wollen, müssen sie sich schon mit ihren
Gesinnungsgenossen verabreden, damit sie wenigstens
gleichmäßig klünzeln. Oder bestehen vielleicht die
übrigen 19 000 „Mitglieder“ aus Unternehmern und
Unternehmergehilfen? Die eingetragenen Gelben sollen
in erster Linie der gelben Arbeiterbewegung am
Wohnort des Spenders zugute kommen.“ Auch will
man nach dem Rundschreiben in Berlin ein gelbes
München-Club errichten, denn es heißt darin
weiter:

„Wir bemerken übrigens, daß wir hier in Berlin
unsere gelben Agitatoren ausbilden, die später in das
ganze Deutsche Reich hinausgehen. Die Siege, die
wir hier in Berlin auf literarischem und gewerk-
schaftlichem Gebiete erringen, kommen der gelben Ar-
beiterbewegung in ganz Deutschland zugute.“

Das soll wohl gleich zur Verhütung der Spender
dienen, wenn sie sehen, daß die von ihnen geleisteten
Moneten nicht zur Unterstützung der Gelben an ihrem
Wohnort verwendet werden. Unterzeichnet ist das
Rundschreiben von dem gelben Hohen Rat, der sich „Vor-
stand des gelben Arbeitsbundes“ nennt. Herr Lebius
steht natürlich obenan.

Das zweite Rundschreiben soll für das von Herrn
Lebius herausgegebene Blatt „Der Bund“ Propa-
ganda machen. Es ist ausschließlich an Unternehmer
gerichtet. Der Anfang ist sehr charakteristisch. Er
lautet folgendermaßen:

„Auch Sie können aus der mächtig emporkie-
henden gelben Arbeiterbewegung Vorteil ziehen, wenn
Sie dauernd für einen Teil Ihrer unmorganisierten
Arbeiter auf das einliegende gelbe Zentralblatt „Der
Bund“ abonnieren. Sie können dadurch Ihren Be-

trieb am besten gegen das sozialdemokratische Strei-
kumwesen und den Streikterrorismus. „Der Bund“ ist
ein rein gewerkschaftliches, kein politisches Blatt.
Unser Blatt bezweckt unter Ausnutzung der in der
Arbeitererschaft wachsenden Unzufriedenheit über das
sozialdemokratische Streikumwesen den unmorganisierten
Arbeitern Courage zu machen, ihr Selbstvertrauen
gegenüber der Sozialdemokratie zu stärken und ihnen
beihilflich zu sein, sich auch innerlich von der Sozial-
demokratie zu befreien. Redaktionelle Beiträge sind
sehr erwünscht. Die Jahresausgabe auf den Kopf
ihrer Arbeitererschaft ist sehr gering. Beste Referenzen
stehen zur Verfügung. Zahlungen erbitten wir im
voraus.“

Sodann werden die „Bezugsarten“ mitgeteilt.
Es wird unter anderem den Unternehmern direkt
empfohlen, dem Verlag des Blattes die Adressen der
Arbeiter mitzuteilen, von denen der Unternehmer an-
nimmt, daß sie der von Herrn Lebius angestrebten
Hilfsleistung zugänglich sind. Diese erhalten dann
vom Verlag das Blatt ins Haus geschickt. In dem
Rundschreiben wird darüber gesagt: „Diese Bezugs-
art hat den Vorzug, daß die Arbeiter nicht einmal
wissen, wenn sie die Zustellung des Blattes ver-
danken.“ Sehr genial ausgedacht ist ja auch das
folgende:

„Sie bestellen die Zeitung direkt auf dem Post-
amt, in dessen Bezirk Ihre Arbeiter wohnen. Preis
einschließlich Bestellgeld vierteljährlich pro ein Stück
87 Pf. Die Sache hat gar keine Schwierigkeiten.
Man überreicht dem Schalterbeamten eine Liste mit
den Adressen. Viele Vereine abonnieren so für ihre
Mitglieder. Wir ermächtigen unsere Geschäftsfreunde
aber hiermit auch ausdrücklich, gegebenenfalls zu er-
klären, daß unser Verlag die Abonnements aufgibt.“

Herr Lebius, der Verleger des Bundes, macht
sich also zum Helfer an einer großen Schwinderei,
wenn es gilt, Arbeiter in solcher Weise hinter das
Licht zu führen. Wenn also unseren Kollegen das in Berlin
erscheinende gelbe Blatt „Der Bund“ durch die Post
ins Haus gebracht wird, ohne daß sie es bestellt
haben, wissen sie, wenn sie es verdanken.

„Der Bund“ ist ein Blatt, das — soweit es nicht
in Unternehmerverhimmelung macht — hauptsächlich
den Zweck hat, die Arbeiterbewegung auf nieder-
trächtige Weise herunterzureißen. Herr Lebius hat
früher schon versucht, in der sozialdemokratischen Par-
tei unterzukommen. Nachdem ihm dies aber nicht
nach Wunsch gekehrt ist, ist er nach kurzen Gastrollen
bei den Kirch-Dunkerschen und im Reichsligenverband
zu den Gelben übergegangen. Der Mann ist also
ohne Zweifel sehr geeignet zur Verunglimpfung der
Gewerkschaften. Wenn unsere Kollegen das Blatt
dieses Herrn durch die Post ins Haus gebracht er-
halten, wissen sie nunmehr bestimmt, daß ihr Unter-
nehmer dahinter steckt. Sie wissen ferner, daß der
Unternehmer keine Lust hat, seinen Arbeitern den ge-
bührenden Lohn zu zahlen, daß er es vielmehr vor-
zieht, ihnen eine Zeitung zu spendieren, die den
Zweck hat, die Arbeiter zu verdammen und die freien
Arbeiterorganisationen und ihre Führer zu verlästern.
Das Geld, das ein solches Blatt kostet, hofft der
Unternehmer dann schon wieder aus dem Knochen der
Arbeiter herauszuholen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband der Lederarbeiter und
-Arbeiterinnen Deutschlands in den Jahren 1905
bis 1907. Aus dem uns soeben zugegangenen Ge-
schäftsbericht oben genannten Verbandes für die Jahre
1905 bis 1907 geben wir nachstehende Ausführungen
wieder: In der Berichtsperiode 1905 bis 1907 fanden
insgesamt 171 Streiks, Ausperrungen und Bewegun-
gen statt, an denen 11 447 Personen beteiligt waren.
Von diesen 171 Bewegungen waren 55 Streiks und
Ausperrungen und 116 Bewegungen ohne Arbeits-
einstellung. Von den 55 Streiks waren 40 Angriffs-
streiks, 9 Abwehrstreiks und 6 Ausperrungen. Von
den 116 Bewegungen ohne Arbeits-einstellung waren
99 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedin-
gungen und 17 Bewegungen zur Abwehr einer Verschlech-
terung der Arbeitsbedingungen. Die Gesamtzahl der
Bewegungen hat sich also gegen die vorige Berichts-
periode mehr als verdoppelt. Die Streiks und Aus-
perrungen betrafen insgesamt 197 Betriebe mit 5311
männlichen und 397 weiblichen Beschäftigten.

Durch die Streiks und Bewegungen ohne Arbeits-
einstellung wurden erreicht: Für 804 Beteiligte eine
Arbeitszeitverkürzung von 1/2 bis 2 1/2 Stunden pro
Woche, 3707 Beteiligte eine solche von 3 Stunden und
1915 eine solche von 3 bis 6 Stunden pro Woche,
zusammen also für 6426 Beteiligte eine Arbeitszeit-
verkürzung von 22 905 Stunden pro Woche.

Bei den Lohnerhöhungen hatten 1551 Beteiligte
eine Lohnerhöhung bis zu 1 Mk. pro Woche, 4095
Beteiligte eine solche von 1 bis 2 Mk. pro Woche und
1020 Beteiligte eine solche von 2 bis 5 Mk. pro
Woche, zusammen also 6666 Beteiligte eine Lohner-
höhung von 9075 Mk. pro Woche. Von den 6426 an
der Verkürzung der Arbeitszeit Beteiligten hatten
1912 Beteiligte eine Verkürzung der täglichen Arbeits-
zeit von über 10 Stunden auf 10 Stunden zu ver-
zeichnen, 4228 Beteiligte hatten eine solche von 10
Stunden auf unter 10 Stunden zu verzeichnen und
286 Beteiligte wurde die Arbeitszeit vom unter 60
Stunden pro Woche weiter verkürzt.

Entsprechend dieser großen Zahl von Lohnbewe-
gungen hat sich die Ausgabe für Streik- und Gemah-
regelunterstützung ganz gewaltig gesteigert. Während
in der vierjährigen Berichtsperiode 1901 bis 1904
hierfür nur rund 31 000 Mk. verausgabt wurden, sind
in der diesmaligen dreijährigen Berichtsperiode rund
291 000 Mk. für Streik- und Gemahregelunterstützung
 verausgabt worden, also fast zehnmal so viel wie in
der vorhergehenden vierjährigen Berichtsperiode. Seit

der Verschmelzung der früheren Verbände der Lohn- und Weiskerber, also seit dem 1. Juli 1893, vorausgabte der Verband für Streik- und Genossenschaftsunterstützung rund 115 000 Mk., in den drei Jahren 1905 bis 1907 dagegen 291 000 Mk., also doppelt so viel als in den vorausgegangenen 11½ Jahren. Für diese riesig gestiegenen Ausgaben mußten natürlich auch entsprechende Einnahmen geschaffen werden. Der wöchentliche Beitrag wurde deshalb in der Berichtszeit von 35 auf 50 Pf. erhöht. Es wurden voraus-
 gabt für: Reisunterstützung 25 193 Mk., Ortsunter-
 stützung 78 460 Mk., Familienunterstützung 1229 Mk.,
 Umzugsentschädigung 13 621 Mk., Notstandsunterstützung
 1648 Mk., Sterbunterstützung 5940 Mk., Rechtschutz
 2445 Mk.; die Lederarbeiter-Zeitung erforderte eine
 Ausgabe von 25 557 Mk. Wie sehr die Klassen der
 Gewerkschaften bei den wirtschaftlichen Krisen ein-
 springen müssen, beweist auch dieser Bericht. Die Mit-
 gliederzahl stieg von 5778 im 4. Quartal 1904 auf
 7874 im 4. Quartal 1907. Entsprechend der großen
 Zahl der erfolgreichen Lohnbewegungen und der Auf-
 wendung großer finanzieller Mittel, kann die Steige-
 rung der Mitgliederzahl kaum als genügend angesehen
 werden. Ein ganz Teil der an den Lohnbewegungen
 Beteiligten ging infolge der mangelnden Altkation und
 Auflösung als Mitglieder wieder verloren. Im an-
 gen legt auch dieser Bericht Zeugnis ab von dem se-
 genreichen Wirken der Gewerkschaften.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Auf der Suche nach einem patriotischen Chau-
 feur. In Nr. 56 der Automobilwelt ist folgende
 Annonce zu lesen:

Suche

zum baldigen Eintritt einen tüchtigen Chauffeur
 (Fahrer und Reparatur) zu meinem Wagen (22 PS
 Benz und 12 PS Schulz). Nur unbestrafte
 und zuverlässige Leute wollen sich
 unter Einsendung von Zeugnisabschriften, Photo-
 graphie und Mißporto melden. Mitglieder
 sozialdemokratischer Vereine wer-
 den nicht angenommen. Verheiratete
 Fahrer bevorzugt. Für diese Anzusage ge-
 halt 100 Mk. monatlich. Dr. Rosell, Wallenstein.

Der Herr Dr. Rosell hätte sich die Bemerkung in
 der Annonce, Mitglieder sozialdemokratischer Vereine
 werden nicht angenommen, sparen können. Das „hor-
 rende“ Gehalt, welches er einem verheirateten Fahrer
 zu bieten wagt, hätte schon genügt, daß sich Mit-
 glieder sozialdemokratischer Vereine nicht melden.
 Aufgeklärte Kollegen wissen ganz genau, daß, wenn
 sie noch unbestraft und ehrlich sind, diese 100 Mk.
 Stelle für ihre Ehrlichkeit zu verführerisch ist. Wir
 möchten Herrn Dr. Rosell empfehlen, in Wallenstein
 mit seiner Familie erst mal selbst zu versuchen, mit
 100 Mk. im Monat auszukommen und dann zu
 prüfen, ob damit auch der willigste Paritot und Duct-
 mauer noch ehrlich bleiben kann. Wir gönnen dem
 Herrn recht viele Fahrer nach seinem Wunsch. Sorgt
 er doch selbst dafür, daß sein Fahrer von sozial-
 demokratischer Gesinnung angesteckt wird. Für unsere
 Kollegen aber ist diese Annonce ein Beweis, was
 sich die Herren für Löhne zu bieten erlauben. Trotz-
 dem gibt es immer noch Vereine von Chauffeuren,
 welche glauben, durch Harmoniebesetzung ihre Interessen
 ihrer Mitglieder vertreten zu können.

Zur Charakterisierung des Herrn Dr. Rosell
 halten wir folgende Mitteilung:

Dieser sozialistenfeindliche Herr Doktor scheint
 durchaus nicht so wählerisch zu sein, wenn er Stund-
 schaft für sein in Wallenstein befindliches Sanatorium
 sucht. Als früherer Assistenzarzt von Dr. Rahmann
 verfenet er nämlich regelmäßig auf Grund von Listen
 Rahmannscher Kurpässe, an ebenjenselben Prospekt,
 in welchen er sein Sanatorium zum Besuch empfiehlt.
 Zu den Empfängern dieser Prospekt gehören außer
 mir noch viele andere Sozialdemokraten, die früher
 bei Rahmann waren und deren „Kundschaft“ bezw.
 deren Geld dem Herrn Dr. Rosell durchaus nicht un-
 angenehm zu sein scheint. Würde es sich da nicht
 empfehlen, dem Herrn Dr. bei Erhalt seiner Prospekt
 mit Bezugnahme auf sein Inserat in der „Automobil-
 Welt“ die gebührende Antwort zu geben?

Der Herr mag seinen Sozialdemokraten leiden,
 doch Honorar würde er von Sozialdemokraten ganz
 gern nehmen!

Berlin. „Was haben wir Automobilführer von der
 Gesetzgebung zu erwarten?“ Aber dieses Thema sprach in
 der letzten Versammlung Genosse Ströbel anstelle des
 verhinderten Reichstagsabgeordneten Severing. Red-
 ner führte aus, es sei ein schlechter Familienwater
 und Staatsangehöriger, der sich nicht um die Gesetz-
 gebung im Lande kümmert. Ist doch der Arbeiter
 derjenige Steuerzahler, welcher durch die gesetzlich
 vorgeschriebene Einkommensteuer der Arbeitgeber
 sein Einkommen auf Heller und Pfennig versteuern
 muß. Wogegen diejenigen Staatsangehörigen, welche
 ein Einkommen über 3000 Mk. jährlich haben, das-
 selbe nach ihrem Ermessen einschätzen können. Daher
 kommt es, daß, je reicher man ist, je weniger Steuern
 er im Verhältnis zu seinem Einkommen zahlt. Red-
 ner führte nun den Anwesenden vor Augen, wie die
 Reichsschuldenlast von Jahr zu Jahr wächst und wie
 die gesetzgebenden Körperschaften bemüht sind, diese
 Schulden durch alle möglichen indirekten Steuern auf-
 zubringen. Wie man sich hierbei mit der Automobil-
 steuer verhält, welche eine ungeheure Arbeits-
 last in der Automobilindustrie zur Folge habe
 und wie wir die hohen Lebensmittelpreise ebenfalls
 der vertehrten Steuerbefreiung zu verdanken haben.
 Alles darum, um die Reichen zu schonen und den
 arbeitenden Klassen zu nehmen, was ihnen noch zu

nehmen ist. Damit ging der Redner auf die näheren
 Verhältnisse ein. Nach den gemachten Erfahrungen
 im Reichstage und im Landtage ist es unbedingt not-
 wendig, daß die Arbeiter am 3. Juni versuchen,
 Vertreter ihrer Interessen in den Landtag zu wählen.
 Dann würden solche Reden, wie sie kürzlich von kon-
 servativer Seite gegen die Berufsfahrer gehalten
 wurden, nicht unwidersprochen bleiben. Auch könnten
 die launenhaften Schikanierungen der Polizei, die
 schwarzen Listen der Unternehmer und die ungehe-
 lichen Betriebsordnungen ganz anders kritisiert wer-
 den. Bisher hat es im Landtage noch keinen Abge-
 ordneten gegeben, welcher dem preussischen Minister
 und dem preussischen Arbeitgeber wegen Mißbrauch
 des Koalitionsrechtes der Arbeiter zur Rede gestellt
 hätte. Auch die Automobilführer in den großen Be-
 trieben haben sehr zu leiden. Dazu kommen noch die
 von den Unternehmern gegründeten gelben Betriebs-
 vereine, zu welchen die Beiträge dem Arbeiter ohne
 weiteres vom Lohn abgezogen werden. Das sind
 alles ungeheuerliche Maßnahmen, welche sich die Unter-
 nehmer erlauben dürfen, weil sich im Parlament nicht
 die Leute finden, die ihnen gehörig auf die Finger
 klopfen. Auch die preussische Volksschule ist so ge-
 halten, daß der Arbeiter für sein späteres Fort-
 kommen ja nicht zu viel lernt, denn die reaktionäre
 Mehrheit im Landtage huldigt dem Grundgesetz: Der
 dümmste Arbeiter läßt sich am leichtesten ausbeuten.
 Auch die Sicherheit des Verkehrs im allgemeinen und
 besonders im Eisenbahnbetriebe ist durch verkehrte
 Sparmaßnahmen in Frage gestellt. Alles in
 allem haben die Arbeiter und besonders die Chau-
 feure jede Veranlassung, sich am 3. Juni an den
 Wahlen zum preussischen Landtag zu beteiligen und
 dem Kandidaten der Arbeiterpartei, das ist der So-
 zialdemokrat, ihre Stimme zu geben. Stürmischer
 Beifall lohnte den Redner für seine beschreibenden Aus-
 führungen. Unter Berufsangelegenheiten wurde das
 Verhalten der Polizei und der Gendarmen betref-
 fend ihrer Aufschreibemanner aus verdecktem Hinterhalt,
 einer scharfen Kritik unterzogen. Ein vom Kollegen
 E. gestellter Antrag: Der Polizei von Seiten der
 Führer Gegenkontrolle zu stellen, wurde gegen einige
 Stimmen angenommen. Die Warnungstafel in Wam-
 see wurde kritisiert, weil aus der Aufschrift nicht zu
 lesen ist, daß sich die Warnung, nicht mehr als 15
 Kilometer zu fahren, auf den ganzen Ort bezieht.
 Dadurch werden die Chauffeure irre geführt und der
 Gendarm hat ein leichtes Aufschreiben. Auch wurde
 das Verhalten zwischen Pferdebesitzer und Auto-
 mobilfahrführer noch einer Kritik unterzogen, wo-
 bei recht unvernünftige, gegenseitige Anfeindungen
 der Kollegen auf der Straße hauptsächlich eine Rolle
 spielen. Nach einigen weiteren Bekanntmachungen
 wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Droschkenführer.

Berlin. Die Kamellen — neue
 Schmerzent. Der Frühling hat seinen Einzug
 gehalten und mit ihm sind wie üblich die Spreng-
 wagen in den Straßen Groß-Berlins erschienen. Die
 während des Winters verhängten Klagen über den
 schlüpfrigen Fahrdamm kommen nach und nach wieder
 zum Vorschein und wenn man sich die Berichte über
 Straßenunfälle näher ansieht und nach den direkten
 Ursachen der Unfälle forscht, so wird man finden,
 daß die Beschwerden über die schlüpfrigen Straßen
 durchaus berechtigt sind. Wir haben tatsächlich in
 der letzten Woche schon zwei schwere Unfälle be-
 merkt, die zu schweren Verletzungen führten. In
 einem der Fälle wurde ein Mann von einem Spreng-
 wagen angefahren und schwer verletzt. In dem
 anderen Fall wurde ein Kind von einem Spreng-
 wagen überfahren und getötet. Diese Unfälle sind
 sehr bedauerlich und es ist sehr zu bedauern, daß
 das Del, welches die Automobile bei ihren Fahrten
 verlieren. Zwei solche richtigen Mausefallen, die
 wohl jeder Wagen- und Automobilführer mit
 Wangen paßiert, wenn der Asphalt feucht ist, sind die
 Engpässe in der Charlotten- und Friedrichstraße
 zwischen der Behrenstraße und Unter den Linden.
 Hier, wo der Verkehr der Großstadt mächtig pulsiert,
 ist der gesamte Verkehr in ganz enge Bahnen ge-
 drängt. Wagen aller Art sind es, die hier, ge-
 zwungen durch die Straßenverkehrsordnung, im wü-
 stischen schnellen Tempo vorwärts hasten und zwischen-
 durch arbeiten die großen Automobil-Omnibusse.
 Letztere, welche sich auf trockenem Fahrdamm trotz
 ihres enormen Gewichtes leicht und sicher fortbewegen,
 wirken bei schlüpfriger Fahrbahn geradezu bedroh-
 lich und bilden eine Gefahr für den gesamten übrige
 Wagen- und Passantenverkehr. Angesichts solcher
 Zustände drängt sich einem die Frage auf: „Ist denn
 hier keine Abhilfe möglich?“ Das vielseitig
 empfohlene Radikalmittel, die Automobilbusse zu
 verbieten oder die Straße zu verbreitern, ist nicht gut
 anzuwenden. Erstes nicht, weil die Auto-Omnibusse
 trotz ihres erst kurzen Bestehens einem längst vorhan-
 denen Verkehrsbedürfnis entsprechen und ist es auch
 wohl nicht zweckmäßig, durch Verbot der Auto-
 omnibusse den Fortschritt, der in der technischen Ver-
 vollkommnung der Verkehrsmittel liegt, zu unter-
 binden. Die Straße zu verbreitern scheitert an der
 augenblicklich sehr hohen Preislage der Häuser in
 jener Gegend und wie es hauptsächlich scheint, rech-
 net man auch bei der Stadtverwaltung mit historisch
 berühmten Straßenecken!!!

Man müßte also etwas anderes versuchen und
 zwar wäre hier eine Aenderung der Pflasterart in
 Erwägung zu ziehen. Es müßten Versuche mit an-
 deren Pflasterarten gemacht werden. Nicht etwa, daß
 man den Asphalt als gänzlich ungeeignet bei Seite
 lassen sollte, aber an solchen exponierten Stellen und
 wir haben deren eine ganze Menge in Berlin, sollte
 man mal die Probe mit dem sogenannten Kleinfest-
 pflaster machen, welches jetzt vielfach auf den Chau-
 feuren und Straßen im Berlin zur Anwendung ge-

langt. Es ist hier, wie wohl jeder Wagen- und
 Autoführer weiß, ein sehr sicheres Fahren möglich,
 gleichgültig, ob das Pflaster trocken oder naß ist.
 Zugegeben soll werden, daß die Geräuschlosigkeit, die
 ja schließlich der Hauptvorteil des Asphaltpflasters
 ist, nicht zu erreichen ist. Aber was Reinlichkeit und
 Staubfreiheit anbelangt, hält das Kleinfestpflaster
 wohl jeden Vergleich aus und auf die Nerven der
 Stadtbewohner pflegt man ja sonst auch keine Mühe
 zu nehmen, wie die Einführung der Hochbahn
 beweist. Wunderlich erscheint es, daß die städtische
 Straßenbau-Inspektion noch keinen Versuch mit dem
 Kleinfestpflaster gemacht und wie es scheint, auch
 fürs erste nicht machen will. Solche große Molle
 kann doch der etwas höhere Preis bei einer Stadt
 wie Berlin nicht spielen. Jedenfalls ließen sich durch
 Anwendung dieser Pflasterungsart Unfälle, wie sie
 vor kurzem in der Charlottenstraße passierten, wo
 ohne Verschulden des betreffenden Omnibusführers
 Menschen und Fuhrwerke aufs schwerste gefährdet
 wurden, auf ein Mindestmaß beschränken. Sollte nun
 aber die Stadtverwaltung einen Versuch mit anderen
 Pflasterungsarten abgeneigt sein, so könnte man doch
 wohl verlangen, daß sie das allgemeine Mittel zur
 Mitterverhinderung in Anwendung bringt und Sand-
 streuen läßt. Im vergangenen Jahre ist es nach
 vieler Mühe geglückt, die Straßenreinigungsin-
 spektion hierzu zu bewegen. Es scheint aber, als wenn man
 im Laufe des Winters alle Ermahnungen und Er-
 fahrungen vergessen hat. Sand gestreut wird nicht,
 ganz gleich ob es geregnet hat oder ob gepregnet oder
 gewaschen ist. Unsere wohlwollende Straßenreinigungs-
 verwaltung, die sonst so untertänig dienstbereit ist,
 daß sie bei gewissen Anlässen an bestimmten Stellen
 jede noch so geringe unästhetische Begebenheit durch
 besondere Beamte mit Schaufel und Handseger so-
 fort entfernen läßt, bringt diesen Zuständen gegen-
 über eine ziemlich hartnäckige Unvorsichtigkeit zum Vor-
 schein. Dingen ist es, daß die Verwaltung
 nun endlich einmal von selbst Maßnahmen trifft und
 nicht immer wartet, bis „Hilfe“ gerufen wird. Oder
 ist der Kies für gewöhnliche Menschen zu schade?
 Nun noch eine andere, den Verkehr betreffende Sache.
 Bekanntlich soll die Schwebebahn, von welcher in der
 Brunnensstraße eine Probefahrt errichtet ist, gebaut
 werden. Dieselbe vom Standpunkt als Droschken-
 fahrer zu betrachten, ist nicht angebracht, denn der
 riesige Verkehr einer Großstadt erfordert Schnellbahnen,
 die sich unabhängig vom Straßenverkehr bewegen
 können, ungeachtet der Konkurrenzfähigkeit des einen
 oder anderen Personentransportbetriebes. Aber es
 könnte durch die Einführung der Schwebebahn zu
 einer kleinen Aenderung der Straßenverkehrsordnung
 kommen. Die Bahn benutzt in ihrer Strecke Straßen-
 züge, welche bereits von anderen Straßenbahnen be-
 legt sind. Hier müssen nun die Schienen der
 Nebenbahnen seitlich aneinander gelegt werden, um
 Platz für die Trägerschienen der Schwebebahn zu
 schaffen. Der übrige Straßenverkehr hat nun dadurch
 eine sehr begrenzte Fahrbahn zur Verfügung. An sich
 wäre dies nicht so schlimm, wenn da nicht ein so
 schärfer Paragraph existierte, der das Befahren der
 Straßenbahnschienen verbietet. Wie wohl jeder Stuf-
 scher weiß, ist es bei der jetzigen Sachlage unmög-
 lich, die Brunnensstraße in Höhe der Probefahrt
 im schärfsten Tempo zu passieren, ohne die Knie zu
 beugen. Aus diesem Anlaß ist es schon mehrfach
 zu Reibereien zwischen den Straßenbahnen und an-
 deren Fuhrwerken gekommen, bei denen die Führer
 der Straßenbahnen die Schuld an den Unfällen auf
 sich geladen haben. Diese vorläufige
 und vorläufige Anordnung ist später bei Ver-
 längerung der Schwebebahn in Betracht zu ziehen und ernst-
 licher Anlage wiederholen, falls nicht mittlerweile
 durch einen kleinen Zusatz zur Straßenverkehrs-
 ordnung Abhilfe getroffen wird. Zu erreichen wäre dies
 vielleicht, wenn sich alle interessierenden Kreise, Fuhr-
 herren sowohl wie Kutscher vereinigen und bei den
 maßgebenden Stellen darum vorstellig werden. Viel-
 leicht käme eine Aenderung in der Form, daß den
 Nebenbahnen aufgegeben wird, in namentlich auf-
 geführten Straßenzügen eine gewisse Geschwindigkeit
 einzuhalten, oder auch, daß die Bestimmungen des
 Verbotsparagraphen für die Straßenzüge, in welchen
 der Verkehr durch Schwebe- oder Hochbahnen be-
 hindert wird, außer Kraft gesetzt werden. Wie die Aen-
 derung nun auch ausfiele, ein Vorstoß müßte versucht
 werden, um wenigstens diese Nachteile, welche der
 gewöhnliche Straßenverkehr durch Schwebebahnanlagen
 tatsächlich erleidet, nach Möglichkeit auszugleichen.
 Denn kommen wird die Schwebebahn auf jeden Fall,
 da werden alle Protestkündigungen der vereinigten
 Droschkenbesitzer und also Hauswirte nichts helfen.
 An uns ist es, anzuregen, daß die Sache als Mittel
 zum Zweck benutzt wird, um uns Arbeitnehmer wenig-
 stens einige Erleichterungen zu verschaffen. Darum ist
 es nötig, bei Zeiten Vorkehrungen zu treffen, damit
 nicht wieder gerade die materiell schon ohnehin schlecht
 dastehenden Kutscher und Autoführer aller Art die
 Leidtragenden bei der Geschichte sind und zum Schluß
 über eine große Zahl von Polizeimandaten dankend
 quittieren müssen.

Dieses selbst. Nicht eigenartige Zustände herrschen
 im hiesigen Droschkendepot. Zuerst ist es wohl die
 überaus lange Arbeitszeit, unter der die Kutscher zu
 leiden haben; diese beträgt im Winter 14 und im
 Sommer 15 Stunden täglich. Diese ganze Zeit muß
 ohne irgend eine Pause gefahren werden. Selbstver-
 ständlich gibt es auch keinen freien Tag, Sommer und
 Winter wird ununterbrochen gearbeitet. Da die Kut-
 scher nun auch keinen festen Lohn, sondern nur Pro-
 zente beziehen, wird diese an und für sich schon so
 lange Arbeitszeit noch manchmal um mehrere Stun-
 den überschritten. So kommt es vor, daß an manchen
 Tagen bis 18 und mehr Stunden gearbeitet wird. Als
 Lohn erhalten die Kutscher 33½ Pct. der Gesamtein-
 nahme; hiervon gehen jedoch ab die Beiträge für Kran-

ten- und Invalidenversicherung, täglich 20 Pf. für Kleidergeld sowie 50 Pf. täglich für Wagenwachen. Es kommen also insgesamt 5,50 Mk. pro Woche in Abzug. Trotzdem nun jährlich 73 Mk. an Kleidergeld abgezogen wird, ist die Kleidung doch nicht Eigentum der Putzler. Welch feines Geschäft der Unternehmer hierbei macht, mag folgende Aufstellung lehren: Der Putzler M. ist etwa 7 Jahre im Betrieb tätig und hat in dieser Zeit 511 Mk. Kleidergeld bezahlt. Er hat nun in dieser Zeit folgende Kleidungsstücke erhalten: 2 Mäntel, 3 Röcke, 4 Hosen und 4 Hüte. Der Anschaffungswert dieser Sachen beträgt im höchsten Falle 340—360 Mk., mithin bleibt für den Unternehmer noch ein Ueberschuß von rund 150 Mk. — Hieraus kann man ersehen, daß diese Herren das Geld verdienen sehr fein verstehen. Aus alledem geht zur Genüge hervor, wie notwendig es ist, daß die Kollegen sich der Organisation anschließen. Es ist dringend notwendig, daß solche Verhältnisse endlich einmal beseitigt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Kollegen sich endlich bestimmen und Mann für Mann der Organisation beitreten. Hoffentlich werden diese Zeilen dazu beitragen, bei den Kollegen den Gedanken der Zusammengehörigkeit zum Durchbruch zu bringen.

Fensterputzer.

Elberfeld. Am Montag, den 11. Mai fand bei Schulten, Alexanderhof, eine leiblich besuchte Versammlung der Fensterputzer statt. Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über den Nutzen der Organisation, woran sich eine lebhafte Debatte knüpfte. Drei Kollegen traten dem Verbande bei. An Stelle des abgereisten Vertrauensmannes wurde der Kollege Paul Schulten zum Vertrauensmann gewählt. Ferner wurde beschlossen, in Zukunft regelmäßig jeden ersten Montag im Monat in Alexanderhof, Alexander- und Ohlmsmühlensstraßencke, eine Versammlung abzuhalten. Die Kollegen Fensterputzer haben jetzt, nachdem die Versammlungen regelmäßig stattfinden, aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie ständig von sämtlichen Putzern besucht werden. Rechnen sie überhaupt damit, im nächsten Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten, dann haben sie auch mehr wie bisher dafür zu sorgen, daß der letzte Putzer, der im Wuppertale beschäftigt ist, sich organisiert, damit wir mit geschulten Kollegen in die Lohnbewegung eintreten können.

Ein Reizfall des Göttinger Scharfmacherblattes. Mit welcher Gewissenhaftigkeit Herr Kellert in Göttingen sein „Internationales Zentralblatt“ redigiert, zeigt folgender Fall: Am 1. April hatte die „Schaffensb. Ztg.“ als Satire auf den dort herrschenden Straßenschmutz nachstehenden Aprilscherz gebracht: „(Gründung.) Süddeutsche Straßenschmutz-Bewertungs-Gesellschaft, G. m. b. H. Unter diesem Titel hat sich hier eine Gesellschaft gebildet, welche ähnlich wie in Berlin die „Müllbewertung“ den Straßenschmutz praktisch verwerten will. Es handelt sich hier um eine Gründung des Chemikers Dr. Dreegmair (des Dredmaier) (Dr. H. Nr. 1078 654), den Straßenschmutz durch chemische Behandlung eines Teils auf seinen Goldgehalt zu untersuchen, andererseits denselben auf seinen Beheizungsstoff zu präparieren (sehr erfreulich bei den teuren Kohlenpreisen. Dr. H.). Herr Dr. Dreegmair hat in ganz Deutschland Studienreisen zur Verwertung seines Projekts gemacht und unsere Stadt wegen des überreichen Vorkommens an Material am geeignetsten hierfür befunden. Wie wir hören, hat sich unsere Stadtverwaltung, kopflos in der Unternehmung gefürzt, da Dr. Dreegmair eine unumkehrliche Summe — man spricht von 75 000 Mk. — für Ueberlassung des Straßenschmutzes geboten hat. Die Finanzierung des Projekts hat das Bankhaus Moser Schmitt & Co. übernommen; sie befindet sich also in den denkbar besten Händen. Zeichnungen für das Unternehmen finden von heute ab im Hotel Zuppold, Zimmer Nr. 167/4, statt und ist goldkräftigen Reuten Gelegenheit zu reichem Gewinn geboten.“ Diesen offensichtlichen Unsinn teilte nun dieser Tage das in Göttingen am 10. und 25. jeden Monats erscheinende „Internationale Zentralblatt für Reinigungs-Institute und verwandte Geschäftszweige“, ein einziges amtliches Organ des Bundes der Reinigungs-Institute unternehmer Deutschlands und der Nachbarländer als feststehende Tatsache seinen Lesern mit. Und — was das Drolligste an der Sache ist — es fandte auch ein Exemplar der betr. Nummer, in welcher die Notiz klar angestrichen war, an die „Süddeutsche Straßenschmutz-Bewertungs-Gesellschaft“ in Schaffenburg zum Zwecke des Abonnements auf das betr. Blatt. Und jetzt läßt die ganze Welt über dem geschickten Redakteur!

Salle a. S. Die organisierten Fensterputzer hielten am 8. Mai eine Besprechung ab, in welcher die Praktiken der Unternehmer gekennzeichnet wurden. Weiter wurde auf die Lohnbewegungen der Kollegen in verschiedenen Städten hingewiesen und denselben voller Erfolg gewünscht. Die Halleischen Fensterputzer würden es, soweit es an ihnen liegt, an Solidarität nicht fehlen lassen. — Einmütig wird hierauf die Gründung einer Sektion der Fensterputzer beschlossen und Kollege Martin als Leiter derselben gewählt. Die Sektionsbesprechungen sollen bis auf weiteres jeden Freitag nach dem 15. im Monat im Restaurant Hackeborn, Hackebornstr. 4, stattfinden. — Da von den 24 am Orte beschäftigten Putzern erst 12 unserer Organisation angehören, so gilt es, die andere Hälfte durch Auffklärung dahin zu bringen, daß sie sich ebenfalls unserer Sache mit anschließen. — Die nächste Besprechung findet am Freitag, den 22. Mai, abends 7 Uhr in obigem Lokale statt. Mag jeder von uns dafür sorgen, daß dieselbe vollständig besucht wird.

Heidelberg. Trotzdem in Heidelberg der Sitz des Süddeutschen Arbeitgeberverbandes ist, welcher

lehter uns auf Schritt und Tritt verfolgt und beobachtet, ist es uns gelungen, mit den Arbeitgebern (Glaserreinigungs-Instituten) einen ganz respektablen Tarif abzuschließen, mit dem die bei uns organisierten Kollegen sehr zufrieden sein können. Es gibt eben immer noch Arbeitgeber genug, die nicht so verblissen sind wie verschiedene organisierte Arbeitgeber in Heidelberg. Sehr viele Arbeitgeber wissen eben ganz gut, daß Arbeiter auch Menschen sind, die nicht nur da sind, um für die Herren zu arbeiten, damit sie Zeitungen herausgeben und sonstigen Alfortia treiben können, sondern daß man sich mit tariflichen Vereinbarungen beiderseitig schließt und die Schmutzkuren beseitigt. Wir lassen den abgeschlossenen Tarif hier folgen:

Tarifvertrag.

Vereinbart zwischen dem Inhabern der Reinigungs-Institute von Heidelberg und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Sektion Glaserreiner Heidelberg.

1. Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit beginnt vom 1. März bis 31. Oktober um 6 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Vom 1. November beginnt die Arbeitszeit um 7 Uhr morgens und endet um 5 Uhr abends.

2. Pausen.

Die Arbeitszeit wird durch eine Frühstück- und Vesperpause von je einer halben Stunde, sowie einer Mittagspause von 1½ Stunden unterbrochen. Die Arbeitszeit beginnt auf dem Kontor des Unternehmers jedoch kann dies in Ausnahmefällen auch auf der Arbeitsstelle geschehen.

3. Ueberstunden.

Alle Arbeiten vor 6 Uhr morgens, sowie nach 6 Uhr abends gelten als Ueberstunden und werden mit 60 Pf., Nachtarbeit mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt. Unter Nachtarbeit kommt die Zeit von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens in Betracht.

4. Sonntagsarbeit.

Für Arbeiten am Sonntag werden die ersten 3 Stunden mit je 1 Mk., alle weiteren Stunden mit 75 Pf. pro Stunde bezahlt.

5. Arbeitslöhne.

Der Anfangslohn für Putzer, die bereits 1 Jahr im Berufe praktisch tätig waren, beträgt 26 Mk., nach einjähriger Tätigkeit 27 Mk., nach 2 Jahren 28 Mk. pro Woche. Für zugereifte Putzer kommt die ersten 14 Tage Tagelohn in Betracht und zwar pro Tag 4,50 Mk. unter Wegfall der Abkündigungsfrist. Lehrlinge erhalten einen Anfangslohn von 18 Mk., nach einmonatlicher Tätigkeit 20 Mk., nach 9 Monaten 22 Mk. und nach 12 Monaten 26 Mk. pro Woche bezahlt.

6. Besondere Zuschläge zum Lohn. Der Anfangslohn für Putzer, die bereits 1 Jahr im Berufe praktisch tätig waren, beträgt 26 Mk., nach einjähriger Tätigkeit 27 Mk., nach 2 Jahren 28 Mk. pro Woche. Für zugereifte Putzer kommt die ersten 14 Tage Tagelohn in Betracht und zwar pro Tag 4,50 Mk. unter Wegfall der Abkündigungsfrist. Lehrlinge erhalten einen Anfangslohn von 18 Mk., nach einmonatlicher Tätigkeit 20 Mk., nach 9 Monaten 22 Mk. und nach 12 Monaten 26 Mk. pro Woche bezahlt.

7. Allgemeine.

Die Lohnzahlung ist wöchentlich und zwar Samstag unmittelbar nach Arbeitssehluss. Die gerechnete Lohnsumme ist 14 Tage vor Ende des Monats in die Lohnkassette zu bringen. Der Arbeitgeber garantiert, wofür der Arbeiter das erforderliche Geschäftsinteresse zu wahren hat.

Zur Schlichtung von Differenzen ist als erste Instanz das Gewerkschaftsamt Heidelberg anzurufen. Wird durch letzteres keine Einigung erzielt, dann hat das Gewerbegericht darüber zu entscheiden, wessen Schiedsspruch sich dann beide Teile zu unterwerfen haben.

Maßregelungen wegen Verbandszugehörigkeit dürfen nicht stattfinden.

Alle Sonderabmachungen kommen bei Inkrafttreten dieses Tarifes in Wegfall. Vorstehender Tarif tritt mit dem 15. April 1908 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März 1909. Erfolgt am 15. März 1909 von keiner der Parteien eine Kündigung, so läuft er stillschweigend ein Jahr weiter. Heidelberg, den 30. März 1908.

Die Unternehmer:

Albert Wolf, Bernhard Wolf, Christian Jung, S. A.: Emil Maties, Robert Walzenreit, H. Habicht.

Handelsarbeiter.

Berlin. Einlassierer und Packer haben am 7. Mai stattgefunden auf bezugten Monatsversammlung gab die Sektionsleitung zunächst einen Bericht über die jetzige Zusammensetzung der Bezirksleitung von Groß-Berlin; in eingehender Weise wurde der Zweck und die Aufgaben dieser neu geschaffenen Institution in agitatorischer wie organisatorischer Beziehung erörtert. In der Diskussion versprachen die Kollegen, die Agitation unter den Berufscollegen lebhafter als bisher zu betreiben; als Bundesgenosse komme unser Flugblatt recht gut zu stehen. Die Vertrauensleute wurden ernannt, nicht leichtfertig ihre Ämter niederzulegen; bei der jetzigen allgemeinen schlechten Geschäftslage sei es besonders angebracht, treu zur Fahne zu halten. Aus der im Anschluß hieran stattfindenden Wahl einer Branchenkommision gingen folgende Kollegen hervor: Def, Hünze, Schneider, Schmidt, Luckow, Breitenborn.

Die von unseren Duisburger Kollegen angeregte Einberufung einer Konferenz der Einlassierer Deutschlands fand lebhaften Anklang. Die Sektionsleitung

wurde beauftragt, weitere Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen.

Die Kollegen nahmen Kenntnis von dem rigorosen Vorgehen der Firma Singer u. Co., welche einen bei ihr jahrelang zur vollen Zufriedenheit tätigen Einklassierer plötzlich ohne Grund auf die Straße warf. Eine demnächst stattfindende Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit näher beschäftigen. Es wurde beschlossen, unsere Versammlungen in den Sommermonaten nach Bedarf einzuberufen, dagegen eine Agitation von Betrieb zu Betrieb zu entfallen. Laut Beschluß findet nunmehr die Abstempelung der Kontrollkarten den ersten Donnerstag im Monat bei dem Kollegen Endow statt. Dann schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Transportarbeiter.

Frankfurt a. M. Für alle Fuhrleute von großer Bedeutung ist ein Urteil, welches in einer Schöffengerichtssitzung vorige Woche gefällt wurde. Der Fuhrmann Bruno Jöhl, beschäftigt bei der Firma S. Frischmann, Holzhandlung in Bockenheim, fuhr am 13. März mit einem schwer beladenen Wagen durch die Adalbertstraße. In diesem Tage herrschte starkes Regentwetter, weshalb der Fuhrmann nicht auf seinem Posten saß, sondern, wie es an solchen Tagen sehr oft üblich, neben seinem Pferde einherging. Der Schutzmann Krüger glaubte hierin eine Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung zu erblicken, er brachte den Fuhrmann zur Anzeige und dieser erhielt einen Strafzettel von 3 Mk. Es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Der Schutzmann erschien als Zeuge. Er beschwor, daß der Fuhrmann zwei bis drei Meter vor dem Pferde gegangen sei und daß der Wagen unbeladen war, während derselbe in Wirklichkeit eine große Ladung Holz hatte und der Fuhrmann direkt neben dem Pferde ging. Das Gericht kam zur Freisprechung. Obwohl in der Straßenpolizeiverordnung steht, daß jeder Leiter eines Fuhrwerks die Pferde straff im Zügel zu halten habe, konnte das Gericht zu keiner Verurteilung kommen, weil bei Lastfuhrwerken mit zwei oder mehr Pferden der betreffende Fuhrmann unmöglich alle Pferde straff im Zügel halten könne. Da der Gefeßgeber etwas Unmögliches nicht verlangt, muß in allen solchen Fällen Freisprechung erfolgen.

Reichenhall. Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Kollegen von Reichenhall hinter sich. Gleich wie im Vorjahr, so mußten auch diesmal die größere Anzahl der Betriebe durch Arbeitsniederlegung gezwungen werden, die Forderung der Organisation anzuerkennen. 46 Betriebe haben anerkannt, darunter alle bedeutenden; zwei kleine Firmen mit insgesamt 5 Mann stehen noch aus. Der Streik gilt als beendet. Ueber die Firma Seebrunner u. Stieglöcher wurde die Sperre verhängt.

Der neue Tarif bringt eine Verbesserung von durchschnittlich 9,9 pCt. und lautet:

Tarifvertrag

abgeschlossen mit Herrn ... Fuhrwerksbesitzer in Bad Reichenhall, einerseits und dem deutschen Transportarbeiterverbande, Ortsverwaltung Reichenhall andererseits.

Abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen werden nachfolgende Sonderbestimmungen als für beide Teile geltend vereinbart.

1. Putzler, Fuhrleute im Speditionsbetrieb, Brauereien, sowie sonstiges regelmäßiges Schwerfuhrwerk erhalten am Wochenlohn: Saison 24 Mark, Winter 20 Mk.

2. Gemischtes Fuhrwerk: Saison 21 Mk., Winter 19 Mk. Im Falle der Verpflegung für obige zwei Gruppen ein Mindestlohn von 12 Mk. das ganze Jahr hindurch.

3. Metzgerfuhrer: erhalten an Wochenlohn incl. Verpflegung während der Saison 10 Mk., im Winter 8 Mk.

4. Omnibusfuhrer: erhalten an Monatslohn 80 Mk. Anschlag der Verköstigung bleibt der freien Vereinbarung vorbehalten.

5. Doktorfuhrer: Jahresstelle 22 Mk., Saisonstelle 24 Mark.

6. Auslagen für Pfasterzoll und Einstellung wird vergütet.

Alle Löhne sind Mindestlöhne.

7. Maßregelungen aus Anlaß der gegenwärtigen Lohnbewegung finden nicht statt, ebenso wenig tritt eine Verschlechterung bisheriger Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein.

8. Der gegenwärtige Tarif soll bis 31. März 1910 Geltung haben und läuft fort auf ein weiteres Jahr, falls nicht seitens einer der Vertragsparteien vier Wochen vorher gekündigt wird.

Nun gilt es, treu zur Organisation zu halten.

Berlin. Bei der Firma Hermann Franke, Bauholzhandlung, Gr.-Lichterfelde, sind die Arbeiter wegen Lohnreduzierung von 60 Pf. auf 45 Pf. pro Stunde in einen Abwehrstreik getreten. Die Kollegen, welche im Transportarbeiter-Verband und teilweise im Hafenarbeiterverband organisiert sind, hatten berechtigter Ursache gegen derartig erhebliche Abzüge Stellung zu nehmen. Verhandlungen, welche sofort von den Organisationsvertretern eingeleitet wurden, schienen zuerst von Erfolg begleitet zu sein, denn der Unternehmer erklärte sich bereit, statt 15, nur 5 Pf. pro Stunde abzugeben. Eine Einigung wäre auch erzielt worden, aber jetzt kam die Firma und behielt sich vor, etwa neu einzustellende Arbeiter nach ihrem eigenen Ermessen zu bezahlen und die sonst üblichen Akkordarbeiten nach Belieben ausführen zu lassen. Daß ein derartiges Ansinnen abgelehnt wurde, ist ganz selbstverständlich. Nun mutete der Unternehmer den organisierten Zimmerleuten zu, Streikarbeit zu verrichten, was ohne weiteres abgelehnt wurde; die Folge davon war, daß auch diese Leute ebenso ein-

mütig den Betrieb verlassen. Der auf seinem Herrenstandpunkt verharrende Herr Franke veranlaßte nunmehr, daß von seiner in der Nähe von Lehmig gelegenen Schneidemühle unter der üblichen polizeilichen Bewachung Arbeitswillige hierher transportiert wurden und gleichzeitig, um jede Verständigung unmöglich zu machen, Lagerstätten auf dem Platz für die selben eingerichtet wurden, wo dieselben mit Matten und sonstigem Ungeziefer zusammen kampieren mußten. Die Firma bezeichnet es als eine Gemeinheit, daß man versucht, den Arbeitswilligen die Situation klar zu machen; ist es denn vielleicht weniger unanständig, man könnte behaupten unerhört, derartige erhebliche Abzüge zu machen. Was berechtigt denn zu solchen Vorgehen?

Die Streikenden appellieren daher an die Solidarität der übrigen Arbeiter. Kein ehrlich denkender Berufscollege darf Beschäftigung bei Hermann Franke annehmen, bevor die Differenzen erledigt sind.

Dresden. Seit langem streben die in den Kohlenbergwerken und auf den Lagerplätzen beschäftigten Arbeiter sowie die Kohlenträger und Trägerinnen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse an. Die Bezahlung für diese außerordentlich schwere und schmutzige Arbeit läßt noch viel zu wünschen übrig. Seit 1903 ist schon mehrmals der Versuch gemacht worden, einen Tarif zu schaffen, aber immer verstanden es die Unternehmer, die Sache in die Länge zu ziehen und die Arbeiter dann mit ein paar Brocken abzuspeisen. Ein Teil der Schuld ist aber auch dem immerhin noch ungenügenden Organisationsverhältnis zuzuschreiben. Die im Hafenarbeiterverband organisierten, hauptsächlich an der Elbe beschäftigten Kohlenarbeiter, haben einen Tarifvertrag, der am 31. Dezember 1903 abläuft. Um ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen, fand am 6. Mai eine kombinierte Versammlung beider Verbände statt. Nach einem Referat des Kollegen Hoffberg vom Hafenarbeiter-Verband über die Schaffung eines einheitlichen Lohns, entspann sich eine lebhafteste Debatte. Kollege Bergmann gibt in kurzen Worten die Ursachen bekannt, die einen Fortschritt bisher im Wege standen und ist ebenso wie alle übrigen Mitglieder der Überzeugung, daß ein einheitlicher Tarif zustande kommen kann und muß. Des weiteren wird die Laune der Kollegen getadelt und zur schärferen gegenseitigen Kontrolle aufgefordert. Dann wird ein Antrag angenommen, der besagt, es sollen in beiden Organisationen Kommissionen gewählt werden zur Ausarbeitung eines Tarifs. Nach gemeinsamer Durchberatung dieser Entwürfe soll das Ergebnis einer gemeinsamen Versammlung unterbreitet werden. Kollege Schiller fordert auf, die Arbeiterpresse zu unterstützen und sich mehr um die Vorgehensweise auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu kümmern. Der Vorsitzende fordert die Anwesenden auf, eine rege Agitation zu entfalten, um auf diese Weise endlich einmal die traurigen Zustände in unserem Beruf aus der Welt schaffen zu können.

Kiel. Nicht eigenartige Versuche, ein gefügiges Personal zu erhalten, unternimmt der Filialleiter der Mannheimer-Bremer Petroleum-W.-G. hier. Vor einem Jahr wurde den Kutschern dieses Betriebes eine Reduzierung des Lohnes um 2 Mk. pro Woche angekündigt und zwar sollten dieselben das Geld für den Pferdebesitzer nicht mehr erhalten, sondern das sollte in die Tasche des Inhabers fallen. Ferner sollten die Kutscher, wenn sie aus der Stadt zur Tour kommen, die etwa 100 Meilen betragen, an Holz, Sand oder Mehl noch entzogen. Die Durchführung dieser neuen Bestimmungen sollte in der nächsten Zeit unter einer Arbeitsordnung, in der die Kutscher zur Stellung einer Kaution von 100 Mk. verpflichtet sind, bestehen. Daß die Warenhausbesitzer Schule machen, bewies folgender Fall dieser Arbeitsordnung: „Die Kutscher, die plötzlich und ohne zureichenden Grund die Arbeit niederlegen, gehen ihrer gestellten Kaution verlustig.“ Durch das feste Zusammenhalten der bis auf den letzten Mann im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Kutscher, gelang es, alle diese Verschlechterungen abzuwehren. Wir waren schon der Meinung, die Firma habe sich eines besseren besonnen und hätte diese Arbeitsordnung dahin geworfen, wo sie hingehört, d. h. in den Papierkorb. Doch weit gefehlt; wir hatten nicht mit der Zähigkeit der Unternehmer gerechnet. Als kürzlich ein Kutscher seine Stellung verließ und ein neuer eingestellt wurde, da glaubte die Firma, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo sie ihrem Liebling neuen Oben einblasen könne. Der Kollege mußte seine Unterschrift unter die Arbeitsordnung vollziehen, so wie verpflichten, sich wöchentlich 5 Mk. für Kaution vom Lohn absetzen zu lassen, bis die 100 Mk. voll eingezahlt sind. Daß die Befürchtung unserer Kollegen, man wolle die alten Leute nach und nach durch neue ersetzen, die sich mehr bieten lassen, nicht ganz von der Hand zu weisen ist, das beweist, daß man den neu eingestellten Kutscher von Seiten der Firma ersuchte, mit keinem anderen über seine Unterschrift zu reden. Nach wenigen Tagen sah der Kollege das Verfehrte seiner Handlungsweise ein und zog seine Unterschrift unter der Arbeitsordnung zurück, darauf erfolgte seine Entlassung und wieder kam ein neuer an seine Stelle, der ebenfalls die Unterschrift leisten mußte. Doch auch dieser erkannte sehr bald, daß sein Geld woanders bedeutend besser angelegt ist, als in einer Kaution bei der M.-B.-P.-W.-G., auch er zog seine Unterschrift zurück. Auch dieser wurde entlassen. Wir wollen der Firma aber schon heute ver raten, daß es ihr sehr schwer fallen dürfte, einen Petroleumkutscher zu erhalten, der eine derartige Arbeitsordnung, die wohl viele Pflichten, aber keinerlei Rechte für die Kutscher in sich birgt, anerkennen. Mögen die Kieler Kutscher aus

dieser Angelegenheit aufs neue erfahren, daß nur durch festen Zusammenhalt, sowie treues Festhalten an der Organisation es möglich war, derartige Verschlechterungen abzuwehren. Immer mehr fühlen die Herren Warenhausbesitzer auf Mittel und Wege, um unserer Organisation den Erfolg streitig zu machen, darum darf auch auf unserer Seite nichts versäumt werden, was zu unserer Stärkung beiträgt. Deshalb hinein in den Verband und immer kräftiger soll der Ruf erschallen: „Ihr hemmt uns kaum, Ihr zwingt uns nicht!“

Matibor. Vete und arbeite, denn Deiner ist das Himmelreich! Es war Nachmittag, als der jahresplanmäßige Personenzug brausend in die Bahnhofshalle fuhr. Hunderte von Reisenden entstieg den Conpees und suchten den Ausgang der Stadt zu gewinnen. Welch herrlicher Empfang! Hier vor der Plattform des Bahnhofs breitet sich vor uns die Stadt aus. Balsamische Düfte erfüllen die Luft und machen uns das Herz froh und ein geheimes Murren und Wispern umgibt uns, verkündet uns: Der Frühling ist gekommen! Alles ist in jartes Grün gehüllt; überall leimt und sproßt es. In den Straßen pulsiert das Alltagsleben. Aber auf den Wegen und Stegen wandelt das Bürgerium, das nicht nötig hat, uns tägliche Brot zu ringen. Lebensfreude schimmert auf seinen behäbigen Gesichtern. Wohllich Glockengeläut! Die Stimme des Herrn ruft die Gläubigen zur Andacht. Wer Zeit hat, geht; in kurzer Zeit ist das Gotteshaus voll. In salbungsvollen Worten spricht der Diener des Herrn zu seiner Gemeinde, verkündet das große Wunder, das der Herr geschaffen: Der Frühling ist gekommen! — Die Kirche ist aus, die frommen Leute mischen sich ins Publikum. Noch ein Spaziergang auf schattigem Promenadenweg, um die Worte des Priesters zu überdenken. Wie sagte er doch: Die Allmacht Gottes ist groß; in seiner großen Güte schafft er für alle Menschenkinder was das Auge erstreut, das Herz erquickt; läßt er die Erde so viel hervorbringen, um alle zu speisen und zu tränken und zu kleiden. Sind sie ihm doch alle lieb, einer wie der andere, ob arm oder reich, jung oder alt! Gott schuf die Menschen nach seinem Ebenbilde; zum Ebenbilde Gottes schuf er ihn — hatte der Priester mit bröhnender Stimme gesagt.

Ein schattiger Weg führt auch am Mitterschuppen vorbei. Das Bild hat sich geändert. Neues Leben herrscht hier, Wagen auf Wagen, vollbeladen mit Stößen und Wägen, fahren mühsam die bergige Anhöhe hinauf. Es sind die Matiborer Expeditionskutscher und Arbeiter, welche sich im Schweiße ihres Angesichts abmühen, für sich und ihre Familie das tägliche Brot zu verdienen. Aber auch die Matiborer Hauskutscher bringen hier die Waren ihrer Arbeitgeber zum Verladen; schwerbeladene Handwagen sind es, die sie schweißtriefend die Anhöhe hinaufziehen und glücklich sind sie, endlich am Ziele zu sein. Eben tauchen im Geviert des Straßenbildes wieder zwei schwerbeladene Handwagen auf, aber diesmal sind es keine starken Männer, die vorgepresst sind, sondern kaum der Schule entwachsene schwächliche Knaben. Zwei solcher Knaben sind es, die sich vergeblich mühen, einen vollbeladenen Handwagen der Firma Starfarnt, Rensstraße, hinaufzuziehen. Erschöpft halten sie endlich inne, um sich nach Hilfe umzusehen. Ein anderer Wagen naht, wieder von einigen Knaben gezogen. Es gesteht, der Handwagen, der in der Starfarnt-Fabrik gefertigt wurde, ist ein recht gutes Stück. Die Knaben an ihren Mühsalstufen geküßt werden. Wie sagte doch der Priester: Und Gott schuf den Menschen zu seinem Ebenbilde! Während sich hier die Knaben, die gleich Ziehunden mit Händen und Füßen den Erdboden berühren, vergeblich abmühen, die Last hinaufzuführen, bietet sich im Bilde der Straße ein Stück weiter oben eine andere Szene: Ein Kollkutscher kommt mit einem schwerbeladenen Wagen gefahren; an einer Stelle konnten oder wollten die Tiere nicht weiter. Einige Peitschenhiebe sollten sie wieder auf die Beine bringen. Aber das Publikum, das vorher ohne Murren den Qualereien der Knaben zugehört hatte, war hier anderer Meinung, nahm gegen den Kutscher eine drohende Stellung ein und rufe nach der Polizei wurden laut. Zu was ist denn auch die Polizei da! doch nicht nur deshalb, die rohen Kutscher wegen Tierquälerei anzuziehen? Tier- schutzvereine gibt es, aber Schutzvereine gegen die Ausbeutung der Menschen vom zartesten Kindesalter an, hat das Bürgerium nicht für nötig befunden zu gründen. Warum auch, es würde sich ja ins eigene Fleisch schneiden. — Aber es gibt von den Arbeitern ins Leben gerufene große Verbände, welche die Arbeiterinteressen vertreten und der Ausbeutung seitens der Arbeitgeber einen Niegel vorschoben. So der Deutsche Transportarbeiter-Verband, von dem aus für Sonntag, den 10. Mai eine allgemeine Versammlung für Kutscher, Arbeiter und Hauskutscher angesetzt war. Aber die Arbeiter hatten für diejenigen, die es ehrlich mit ihnen meinen, die für sie eintraten wollten, in Not und Gefahr, die ihnen zeigen wollten, wie sie bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit erringen können, kein Verständnis, sie blieben der Versammlung fern, nur wenige waren erschienen. Die Matiborer Kollegen haben den hohen Wert des Menschen noch nicht erkannt, noch nicht begriffen, daß sie nicht nur geboren sind um zu arbeiten und zu beten, sondern daß sie auch das Recht haben zu leben ohne zu hungern und zu darben; daß sie die Pflicht haben, für sich und ihre Familie zu sorgen, daß sie gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit fürs erste geschützt sind; daß es verhindert wird, daß jarte in der Entwicklung begriffene Menschenknospen von gewissenlosen Arbeitgebern zer-

stört werden. Daß sie sich zu diesem Zwecke zusammenzuschließen müssen, weil der einzelne machtlos ist. Wir werden uns durch den ersten Mißerfolg nicht abhalten lassen, die Aufklärung unter die Kollegen zu tragen. Und die Zeit wird nicht zu fern sein, wo wir auch in bezug auf die Matiborer Transportarbeiter werden sagen können: Es ist Frühling geworden. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 24. Mai, abends 9 Uhr im Gewerkschaftslokal, Jungfernst. 3, statt. Die Kollegen werden gebeten, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen.

Ueber den Südwestdeutschen Arbeitgeber-Verband der Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe (Südwestd. Arbeitgeber-Verband) in ihrer Nr. 8: „Ein halbes Jahr Organisationsarbeit! Der Deutsche Transportarbeiter-Verband ist bekanntlich vor zehn Jahren gegründet worden und hat während dieser Zeit in 34 Orten derjenigen Landes- und Ortsverwaltungen errichtet, welche uns zur Organisation der Arbeitgeber zugewiesen sind. Der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband hat diese Orte natürlich in erster Linie in Arbeit genommen und es war ihm in halbjähriger Tätigkeit möglich, in 27 Orten, wo solche sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Organisationen bestanden, Organisationen zu gründen. Außerdem errichtete der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband in weiteren 9 Orten seines Organisationsgebietes Ortsverwaltungen, wo es dem Deutschen Transportarbeiter-Verband noch nicht gelungen ist, Fuß zu fassen. Insgesamt hat unser Verband somit 36 Orte gegen 34 sozialdemokratisch-organisierte Orte zu verzeichnen. Wir haben den Arbeiterverband also, was die Anzahl der Städte anbetrifft, bereits überholt. In den Städten Endingen, Frankenthal, Gießen, Höchst a. M., Mühlhausen i. Gf. und Neustadt a. H., wo ebenfalls Ortsverwaltungen des Deutschen Transportarbeiterverbandes bestehen, haben wir dagegen noch keine Arbeitgeber-Organisationen schaffen können. Wir werden alles aufbieten, um auch diese Orte zu organisieren und bitten zu diesem Zwecke unsere Mitglieder, welche dort befreundete Kollegen besitzen, uns hierbei kräftig zu unterstützen.“

Diese Erfolge sind auch der Beachtung unserer Kollegen wert. Dem Arbeitgeberverband muß durch geschicktes taktvolles Vorgehen das Wasser abgegraben werden. Alle unüberlegte Draufgängererei ist für die Schachmacher und ihre Imitation ein gesundes Fressen. Wegen zielbewußtes, sachliches und ausdauerndes Vorgehen unsererseits ist auch diese Arbeitgeberorganisation machtlos.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin I. Kassenbericht vom 1. Januar bis 31. März 08.

Einnahme:

Kassenbestand am 1. Januar 1908	57809,47 Mk.
44639 Beiträge à 40 Pf.	17855,60 "
43912 Beiträge à 25 Pf.	10978,00 "
20 Beiträge à 20 Pf.	4,00 "
3869 Streifsondmarken à 30 Pf.	1160,70 "
489 Einnahmen à 1 Mk.	489,00 "
5 Duplikatbücher	1,00 "
190 Beiträge zum östlichen Nord	19,00 "
Zerfallsummen	20,75 "
Stichtage	345,40 "
Zinsen	671,30 "
Verkauf von alten Papieren	11,90 "
Abgaben 1907 (Reparat)	2,50 "
Zuschuß der Hauptkasse	5000,00 "
	94367,72 Mk.

Ausgabe:

Krankunterstützung	3811,50 Mk.
Sterbeunterstützung	2682,00 "
Notfallunterstützung	365,00 "
Arbeitslosenunterstützung	3162,00 "
Gehälter u. Versicherung d. Angestellten	2251,12 "
Geschädigung der Beitragskassierer	1349,95 "
Geschädigung der Hilfsarbeiter	196,50 "
Agitation, Referate, Inserate Sitzungs-	
Geschädigungen	619,35 "
"Courier"-Expedition	779,30 "
Büro-Miete	375,00 "
"Telefon	55,00 "
"Beleuchtung	65,36 "
"Attenstien u. Handwerkerrechnung	91,00 "
"Portos	166,23 "
"Reinigung	120,40 "
kleine Ausgaben laut Tagebuch	60,64 "
Verordnungs-Ankosten und Kränze	51,50 "
Bier an Stellenlose in Versammlungen	51,60 "
Prozentualer Zuschuß Arbeitsnachweis	
4. Quartal 1907	1551,57 "
Prozentualer Zuschuß Groß-Berlin	
1. Quartal 1908	1535,24 "
Zurückgezahlte Beiträge	1,20 "
Reisungen	28,25 "
Buchdrucker	183,20 "
Expedition der Jahresberichte 1907	8,90 "
Un die Hauptkasse gefandt	17050,70 "
Zusammen	36612,51 Mk.
Kassenbestand am 31. März 1908	57755,21 "
	94367,72 Mk.

Berlin, den 6. Mai 1908.

Hermann Meißner.

Bücher und Belege geprüft und übereinstimmend befunden

Die Revisoren:

Richard Quack. Emil Reich. Fritz Zimmermann.

